

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung, Gegenstand, Gang der Untersuchung und Abgrenzungen	29
§ 1: Einleitung	29
A. Gesetzeshistorie des Vertragseingriffs im Restrukturierungsverfahren	32
B. Möglichkeiten des Vertragseingriffs in der aktuellen Fassung des StaRUG	34
C. Forderungen nach einem Vertragseingriffsmechanismus	36
I. Zeitliche Restriktionen des ursprünglichen Gesetzgebungsprozesses	37
II. Anfänglich mangelnde praktische Relevanz des StaRUG	37
III. Mögliche Konkurrenz durch ausländische Rechtsordnungen	38
§ 2: Fragestellung und Zielsetzung	40
§ 3: Gang der Untersuchung	42
§ 4: Begriffsbestimmung des Vertragseingriffs	44
§ 5: Abgrenzung zu vertraglichen Lösungsrechten	47
Kapitel 1: Der nachträgliche einseitige Vertragseingriff in der deutschen Rechtsordnung	49
§ 1: Der einseitige nachträgliche Vertragseingriff und das Prinzip der Vertragstreue	50
A. Relevante Ausprägung der Vertragstreue für den Vertragseingriff – die Vertragsbindung	52
B. Die Legitimation der Vertragsbindung	55
I. Vertragsbindung und Vertragsfreiheit	55
1. Vertragsfreiheit als Grundlage des Rechts- und Wirtschaftssystems	55
2. Vertragsbindung als notwendiges Gegenstück zur Vertragsfreiheit	56
II. Rechtssicherheit	57
	9

III. Vertragsgerechtigkeit	58
IV. Zukunftsdimension des Vertrags	59
V. Zusammenfassung	59
C. Die Herkunft der Vertragsbindung	60
I. Apriorismus von Vertragsfreiheit und Vertragsbindung	60
II. Historische Ursprünge der Vertragsbindung	62
1. Vertragsbindung im römischen Recht	62
2. Kanonisches Recht und historische Entwicklung bis zum modernen Verständnis	63
III. Stellung der Vertragsbindung in der deutschen Rechtsordnung	65
1. Die Vertragsbindung im Bürgerlichen Gesetzbuch	65
2. Verfassungsrechtliche Garantie der Vertragsbindung	66
IV. Zwischenergebnis	67
D. Grenzen und Eingriffe in die Vertragstreue	67
I. Prüfungsmaßstab	68
1. Der Vertragseingriff und die Eigentumsgarantie nach Art. 14 GG	68
a. Rechtsgrundlage der Eigentumsgarantie im Rahmen des Vertragseingriffs nach dem StaRUG	68
aa. Abgrenzung zwischen nationalen und europäischen Grundrechten für Instrumente auf Basis der Restrukturierungsrichtlinie	69
bb. Abgrenzung im Fall des Vertragseingriffs	69
b. Forderungen als Teil der Eigentumsgarantie gemäß Art. 14 I GG	70
c. Subsidiarität des Art. 2 I GG gegenüber Art. 14 I GG	71
d. Grenzen und Eingriffe in die Eigentumsgarantie nach Art. 14 I GG	73
aa. Inhalts- und Schrankenbestimmung und Enteignung	73
bb. Anforderungen an eine verfassungsmäßige Inhalts- und Schrankenbestimmung im Fall eines Vertragseingriffs	74
2. Parteiinteressen	76
3. Kriterien für Abweichungen von der Vertragstreue	76
4. Inhaltliche Konkretisierungen und echte Eingriffe in die Vertragstreue	77

II. Rechtfertigung allgemeiner vertragsrechtlicher Ausnahmen von der Vertragsbindung	78
1. Anfechtungsrechte	79
2. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen aus wichtigem Grund	80
3. Störung der Geschäftsgrundlage	81
4. Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen	84
III. Rechtfertigung spezialgesetzlicher Ausnahmen von der Vertragsbindung	86
1. Vertragshilfegesetz	86
2. Vertragsrechtliche Regelungen infolge der COVID-19 Pandemie	87
IV. Zusammenfassung	88
§ 2: Die insolvenzrechtlichen Regelungen der §§ 103 ff. InsO	89
A. Der Eingriff in nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse nach den §§ 103 ff. InsO	90
I. Denkbare Regelungsmöglichkeiten für nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse im Insolvenzverfahren	90
II. Die Regelungen der §§ 103 ff. InsO	91
1. Grundregelung des § 103 InsO – Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters	91
2. Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens erlöschende Vertragsverhältnisse	92
3. Fortbestehende Vertragsverhältnisse	93
B. §§ 103 ff. InsO als Abweichung von der Vertragstreue	93
I. Keine allgemeine materiell-rechtliche Umgestaltung des Vertragsverhältnisses infolge der Eröffnung des Insolvenzverfahrens – die Durchsetzungstheorie	94
II. §§ 103 ff. InsO als Eingriff in die Eigentumsgarantie durch Einschränkung der Vertragstreue	95
§ 3: Die Rechtfertigung der §§ 103 ff. InsO	98
A. Insolvenz als ein Fall externer Rechtfertigung - Wirtschaftliches Risiko als Teil der eigenen Risikosphäre	99
B. Rechtfertigung des Vertragseingriffs aufgrund von Interessen der Insolvenzmasse	101
I. Das Telos der §§ 103 ff. InsO	102
II. Begriffsbestimmung	104
III. Prioritätsprinzip als Ausgangspunkt	105
	11

IV. Perspektivwechsel zum Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung im Insolvenzfall	105
V. Ursprung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung – Die Mangelsituation auf Seiten des Schuldners	106
VI. Zwischenergebnis	109
C. Angemessenheit zwischen der Eingriffsintensität der §§ 103 ff. InsO und der Verwirklichung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung	109
I. Geringere Schutzbedürftigkeit des individuellen Gläubigers	110
1. Wirtschaftliche Entwertung der individuellen Eigentumsposition	110
2. Erhöhte Sozialpflichtigkeit der Eigentumsposition	111
II. Bedeutung der §§ 103 ff. InsO für die Durchsetzung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung	112
III. Verfahrensrechtliche Kompensation	114
D. Zusammenfassung	115
§ 4: Zusammenfassung des ersten Kapitels	116
Kapitel 2: Die Rechtfertigung eines Vertragseingriffsmechanismus im deutschen Restrukturierungsverfahren nach dem Vorbild der §§ 51 ff. StaRUG-RegE	119
§ 1: Die gestrichenen Regelungen der §§ 51 ff. StaRUG-RegE	123
A. Regelungsinhalt der §§ 51 ff. StaRUG-RegE	124
I. Vertragsbeendigung als Teil des Katalogs der Restrukturierungsinstrumente	124
II. Formelle Voraussetzungen der Vertragsbeendigung	124
1. Anzeige des Restrukturierungsvorhabens	124
2. Antrag auf Vertragsbeendigung	125
III. Materielle Voraussetzungen der Vertragsbeendigung	125
1. Anwendungsbereich	125
2. Drohende Zahlungsunfähigkeit auf Seiten des Schuldners	126
3. Keine einvernehmliche Anpassung oder Beendigung des Vertrags im Vorfeld	126
4. Keine offensichtlich fehlende Sachgerechtigkeit	127

IV. Verfahren	128
1. Keine obligatorische Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten	128
2. Anhörung der anderen Vertragspartei	128
3. Entscheidung des Gerichts	129
4. Rechtsmittel gegen die Entscheidung	129
V. Rechtsfolgen der Vertragsbeendigung	129
B. Die §§ 51 ff. StaRUG-RegE als Abweichung von der Vertragstreue und Eingriff in die Eigentumsgarantie	130
§ 2: Legislative Zielsetzung des Restrukturierungsverfahrens	131
A. Zielsetzung des europäischen Gesetzgebers in der EURRL	132
I. Zielpluralismus des europäischen Gesetzgebers	132
II. Insolvenzvermeidung als übergeordnetes Ziel des präventiven Restrukturierungsrahmens	133
III. Überwindung von Holdout-Positionen als verfahrensrechtliches Ziel der EURRL	135
1. Erläuterung des Holdout-Problems	135
2. Das Holdout-Problem in der Restrukturierungsrichtlinie	136
3. Überwindung des Holdout-Problems zum Zwecke der Insolvenzvermeidung	137
B. Zielsetzung des nationalen Gesetzgebers mit dem StaRUG	137
I. Gesetzesbegründung	138
1. Überwindung des Holdout-Problems im StaRUG	138
2. Das Ziel der Insolvenzvermeidung in der Gesetzesbegründung	139
II. Zielbestimmung im Regelungswerk des StaRUG - § 29 I StaRUG	139
C. Zusammenfassung	140
§ 3: Angemessenheit zwischen dem Ziel der Insolvenzvermeidung und dem Eingriff in nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse	141
A. Praktische Bedeutung des Vertragseingriffs für das Restrukturierungsverfahren	142
I. Praktisches Bedürfnis nach einem Eingriff in nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse	142
II. Kein Selbstzweck der Insolvenzvermeidung	143
B. Identifizierung der wesentlichen Interessengruppen	144

C. Geringere Schutzwürdigkeit des individuellen Gläubigers im Restrukturierungsverfahren	146
I. Entwertung einer Forderung bei Verschlechterung der Realisierungsaussichten	146
II. Konsequenzen für die Interessenabwägung	147
D. Irrelevanz schuldnerischer Interessen	147
E. Das volkswirtschaftliche Interesse an der Insolvenzvermeidung	149
I. Volkswirtschaftliche Bedeutung der Insolvenzvermeidung im Allgemeinen	150
1. Erhalt von Arbeitsplätzen und unternehmensspezifischen Kompetenzen	151
2. Insolvenzvermeidung zum Erhalt strategisch wichtiger Teilnehmer im Markt	152
3. Kritik an der allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Insolvenzvermeidung	153
a. Ordnungsfunktion des Insolvenzrechts	154
b. Drohender Wechsel zu einer Sanierungskultur infolge des Restrukturierungsverfahrens	154
II. Volkswirtschaftliche Folgen des Eingriffs in nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse im Speziellen	155
1. Risikoaufschläge der Gläubiger	155
2. Drohender wirtschaftlicher Dominoeffekt infolge des Vertragseingriffs	156
III. Stellungnahme	157
F. Das Gläubigerinteresse an der Insolvenzvermeidung	159
I. Insolvenzvermeidung als kollektives wirtschaftliches Interesse der Gläubiger	160
II. Rechtfertigungsbedürftigkeit des Perspektivwechsels vom individuellen Gläubigerinteresse zum gemeinsamen Interesse des Gläubigerkollektivs	161
III. Kollektive Interessengruppe der Gläubiger im Restrukturierungsverfahren	163
1. Zeitpunkt der Verfügbarkeit der Restrukturierungsmaßnahmen	163
a. Eröffnungstatbestand der europäischen Regelungswerke	166
aa. Drohende und wahrscheinliche Insolvenz	167

bb. Eröffnungstatbestand der wahrscheinlichen Insolvenz	169
b. Eröffnungstatbestand der drohenden Zahlungsunfähigkeit im StaRUG	170
aa. Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit	172
bb. Gesetzeshistorie	174
(1) Erster Bericht der Kommission für Insolvenzrecht	174
(2) Gesetzesentwurf der Insolvenzordnung	177
(a) Aufspaltung in separate Eröffnungsgründe	177
(b) Begrenzung der Antragsberechtigung und Ausgestaltung der drohenden Zahlungsunfähigkeit als fakultativer Eröffnungsgrund	178
c. Zwischenergebnis	181
d. Bevorstehende Mangelsituation des Schuldners als Rechtfertigung für den Übergang vom Individual- zum Kollektivinteresse	182
aa. Rechtfertigung aufgrund der Gefährdung der vollständigen Befriedigung der Ansprüche	182
bb. Rechtfertigung aufgrund tatsächlicher Überschneidung der Anwendungsbereiche von § 18 InsO und § 19 InsO	184
cc. Rechtfertigung aufgrund drohenden Gläubigerwettilaufs im Vorfeld der eingetretenen Mangelsituation	187
e. Zwischenergebnis	189
2. Widerspruch zwischen der Konzeption und der Rechtfertigung im Restrukturierungsverfahren	190
a. Der Vertragseingriff im Insolvenzverfahren als Teil eines kollektiven Verfahrens	190
b. Allokation von Sonderopfern nach dem StaRUG	191
3. Zusammenfassung	193
§ 4: Systematische Bedenken gegen einen Vertragseingriffsmechanismus im Restrukturierungsverfahren – Das Abstandsgebot	194
A. Abstandsgebot im Bereich des Eröffnungszeitpunkts	195

B. Abstandsgebot im Bereich der Sanierungsinstrumente	196
§ 5: Zusammenfassung des zweiten Kapitels	198
 Kapitel 3: Der Vertragseingriff nach den Regelungen des Restrukturierungsplans im Wege einer Mehrheitsentscheidung	 201
§ 1: Der Restrukturierungsplan des StaRUG	202
A. Voraussetzungen eines wirksamen Restrukturierungsplans	203
B. Minderheitenschutz durch das Schlechterstellungsverbot	204
§ 2: Rechtfertigung eines Rechtseingriffs durch eine Mehrheitsentscheidung	206
A. Keine Schutzbedürftigkeit zustimmender Planbetroffener	207
B. Rechtfertigung im Fall ablehnender Planbetroffener	208
I. Mehrheitsprinzip zur Lösung von Kollektivhandlungsproblemen	210
1. Kollektive und individuelle Rationalität	211
2. Konsens-, Autoritäts- und Mehrheitsprinzip zur Adressierung von Kollektivhandlungsproblemen	212
3. Richtigkeitsgewähr einer Mehrheitsentscheidung	214
4. Probleme des Mehrheitsprinzips	216
5. Minderheitenschutz als notwendiges Korrelat zum Mehrheitsprinzip	217
6. Zwischenergebnis	218
II. Rechtfertigung des Rechtseingriffs infolge der durch die Mehrheitsentscheidung erzielten kollektiven Rationalität?	219
III. Verfahrensrechtliche Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips?	222
1. Rechtfertigung durch den Verfahrensrahmen	222
2. Rechtfertigung durch Gewährleistung des Minderheitenschutzes nach Skauradszun	223
a. Ausgangspunkt: Das Schlechterstellungsverbot	224
b. Absicherung des Schlechterstellungsverbots durch den Marktkonformitätstest	224
c. Bewertung	225

IV. Materielle Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips	228
1. Treue- und Kooperationspflichten im Sanierungsfall	228
a. Gesellschaftsrechtliche Treuepflicht der Anteilseigner im Sanierungsfall	229
b. Äquivalent auf Gläubigerseite	230
aa. Akkordstörer-Entscheidung des BGH	230
bb. Rechtfertigung aufgrund einfachgesetzlicher Anordnung des Mehrheitsprinzips	231
cc. Abweichende Begründungsansätze in der Literatur	232
(1) Kooperationspflichten der Gläubiger nach Eidenmüller	232
(2) Schlichte Interessengemeinschaft der Gläubiger nach Wüst	234
dd. Stellungnahme	234
2. Rechtfertigung durch Erfordernis einer Gruppensituation	236
a. Gruppensituation aufgrund entsprechender vertraglicher Vereinbarung	238
aa. Mehrheitsprinzip im Kapitalgesellschaftsrecht	238
bb. Mehrheitsprinzip im Schuldverschreibungsgesetz	240
b. Rechtfertigung einer Mehrheitsentscheidung ohne entsprechende vertragliche Vereinbarung – Gruppensituation im Insolvenzverfahren	240
aa. Zwangsgemeinschaft der Gläubiger im Insolvenzverfahren	241
bb. Mangelsituation des Schuldners als Grundlage für die Gruppensituation	242
c. Gruppensituation im Restrukturierungsverfahren	244
aa. Keine Gruppensituation bei drohender Zahlungsunfähigkeit	244
bb. Restrukturierungsbedürftigkeit nach Jungmann	245
(1) Restrukturierungsbedürftigkeit infolge drohender Zahlungsunfähigkeit	245
(2) Bewertung	246

cc. Teilkollektivität und Mehrheitsprinzip	248
d. Zwischenergebnis	249
3. Folgen einer fehlenden Gruppensituation der Gläubiger im Restrukturierungsverfahren	249
a. Verfassungsrechtlich zulässige Sozialisierung von Eigentumspositionen – Die Contergan-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	250
aa. Contergan-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	251
bb. Argumentation Tilgners und Singers	252
cc. Bewertung	252
(1) Sozialisierung zur Verwirklichung des kollektiven Interesses einer Schicksalsgemeinschaft der Geschädigten	253
(2) Überwiegen des kollektiven Interesses der Schicksalsgemeinschaft	254
(3) Zusammenfassung	255
b. Folge der gesetzlichen Anordnung der Mehrheitsentscheidung im StaRUG	256
§ 3: Zusammenfassung des dritten Kapitels	257
§ 4: Implikationen der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung für eine potentielle Neuregelung	258
Kapitel 4: Der vorinsolvenzliche Eingriff in nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse nach ausländischem Recht	261
§ 1: Der Vertragseingriff im niederländischen Restrukturierungsrecht	262
A. WHOA	262
B. Der Vertragseingriff nach Art. 373 Fw.	263
C. Praktische Relevanz des Art. 373 Fw.	265
D. Zusammenfassung	267
§ 2: Vertragseingriff nach englischem Sanierungsrecht	267
A. Vorinsolvenzliche Verfahren nach englischem Recht	267
I. CVA	268
II. SoA	269
III. RP	271

B. Vertragseingriffsmöglichkeiten im englischen Sanierungsrecht	272
I. Originäre Vertragsbeendigung einzig im IA	272
II. Vertragsanpassungsmöglichkeiten im vorinsolvenzlichen Bereich	273
III. Faktische Vertragsbeendigung im vorinsolvenzlichen Bereich	274
C. Zusammenfassung	274
§ 3: Vertragseingriff nach US-amerikanischem Sanierungsrecht	275
A. Chapter 11-Verfahren	275
B. Vertragsbeendigung im Chapter 11-Verfahren	276
C. Rückschlüsse für das deutsche Recht	278
§ 4: Zusammenfassung des vierten Kapitels	279
Kapitel 5: Kritik und Möglichkeiten der gesetzlichen Ausgestaltung des Vertragseingriffsmechanismus im StaRUG	281
§ 1: Kritik an der gesetzlichen Ausgestaltung des Instruments des Regierungsentwurfs	282
A. Vertragsbeendigung als wirtschaftliche Entscheidung	282
B. Gerichtlicher Überprüfungsmaßstab	283
I. Prüfungsmaßstab nach dem Referentenentwurf	283
1. Kriterium der Erforderlichkeit	283
2. Kritik am Referentenentwurf	284
II. Kriterium der offensichtlich fehlenden Sachgerechtigkeit nach dem Regierungsentwurf	285
1. Folgen der Wahl des Missbrauchskriteriums des Regierungsentwurfs	285
a. Beweislastverteilung	286
b. Erhöhte Voraussetzungen an den Versagungsgrund	287
c. Beschleunigung des Verfahrens	288
d. Stärkere Verhandlungsposition des Schuldners	288
e. Erhöhtes Missbrauchsrisiko	288
2. Zusammenfassung	289
C. Potenzielles Haftungsrisiko der Restrukturierungsgerichte	290
I. Spruchrichterprivileg	290
II. Spruchrichterprivileg im Restrukturierungsverfahren	291

D. Vergleich zur Insolvenzordnung	292
I. Entscheidung des Insolvenzverwalters bei gleichzeitiger Überwachung durch das Insolvenzgericht, § 58 I 1 InsO	292
II. Kontrolle durch den Gläubigerausschuss	293
III. Zwischenergebnis	294
E. Gerichtliche Einbindung nach ausländischem Recht	295
I. Rolle des Restrukturierungsgerichts nach niederländischem Recht	295
1. Keine tatbestandliche Missbrauchskontrolle des Vertragseingriffs im niederländischen Recht	295
2. Spezielle Schulung der Gerichte	296
3. Bestellung eines Beobachters	296
4. Rückschlüsse für das deutsche Recht	297
II. Gerichtliche Entscheidung nach englischem Recht	298
III. Entscheidungskompetenz nach dem Chapter-11 Verfahren	299
IV. Zwischenergebnis	300
F. Zusammenfassung	300
§ 2: Handlungsempfehlung für eine potentielle Neuregelung	301
A. Untauglichkeit einer alleinigen gerichtlichen Entscheidung	302
B. Erfordernis der Einbindung mehrerer Personen in den Entscheidungsprozess	302
I. Bestellung eines Restrukturierungsbeauftragten von Amts wegen	302
1. Aufgaben und Funktion des Restrukturierungsbeauftragten nach dem StaRUG	303
2. Obligatorische Bestellung des Restrukturierungsbeauftragten im StaRUG de lege lata	304
3. Erweiterung auf den Eingriff in nicht vollständig erfüllte Vertragsverhältnisse de lege ferenda	305
a. Erweiterung des § 73 StaRUG	305
b. Änderung des § 76 StaRUG	306
II. Mehrheitsentscheidung als sinnvollste Gestaltungsmöglichkeit	307
1. Vertragsanpassung oder Vertragsbeendigung	308
2. Kündigungsmöglichkeiten der betroffenen Gläubiger	309

3. Mögliche Umsetzung im StaRUG	310
a. Streichung der Ausnahme in § 3 II StaRUG	310
b. Ergänzung des § 7 StaRUG	311
c. Schaffung einer eigenen Gruppe der betroffenen Gläubiger in § 9 StaRUG	311
§ 3: Zusammenfassung des fünften Kapitels	312
Fazit und Ausblick	315
Literaturverzeichnis	317
Bücher und Zeitschriften	317
Stellungnahmen	333